

Etatrede 2009

**Rat der Stadt Mönchengladbach
17. Dezember 2009**

SPD-Fraktionsvorsitzender Lothar Beine

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

Eine Woche vor Heiligabend brennt in Mönchengladbach der Baum. Nicht nur bei der Borussia, sondern auch in unserer Stadt, wenn wir uns den Haushalt angucken, den wir hier und heute beschließen sollen. Denn die Zahlen des Haushalts besagen schlicht zweierlei in nicht zu überbietender Klarheit und Deutlichkeit:

- 1. Wir sind spätestens 2020 überschuldet. Ich betone spätestens, denn nach der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Entwicklung und deren Folgen müssen wir davon ausgehen, dass dieser Zeitpunkt schon erheblich früher kommen wird.**
- 2. Wir alle - Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände und Institutionen - müssen damit rechnen, dass bereits in Kürze in unserer Stadt nichts mehr laufen wird. Oberhausen und Duisburg lassen grüßen.**

Höchst bizarr erscheint in diesem Zusammenhang, dass es dann noch Mitglieder des Rates gibt, die unter dem brennenden Baum das Lied „Heute Kinder wird's was geben ...“ anstimmen und meinen, wenige Monate vor der Kommunalwahl Geschenke verteilen zu können. Zum Beispiel den Konstantinplatz in Giesenkirchen: Zu 100 Prozent von der Stadt bezahlt, auf Zuschüsse des Landes wird verzichtet. Nach dem Motto: „Wenn wir schon kein Geld haben, dann zahlen wir auch alles“.

Fatal nur, dass nicht die Mehrheit des Rates, die solche Geschenke macht, bezahlt. Auch nicht wir alle hier oder die Bürgerinnen und Bürger aus Giesenkirchen oder aus unserer Gesamtstadt.

Nein, fatal ist, dass diese Geschenke unsere Kinder und Enkel bezahlen, weil wir schon lange „auf Pump“ leben. Dieser Haushalt zeigt, dass wir 2009 Ressourcen bei den nächsten Generationen von über 10 % der Aufwendungen „pumpen“!

Fatal ist auch, dass dieser Haushalt keine Zukunft, keine Perspektiven aufzeigt. Ein „weiter so“ bis zur Pleite und darüber hinaus? In welcher Stadt sollen unsere Kinder und Enkel leben? In welcher Gesellschaft, wenn wir keine Perspektiven schaffen?

Meine Damen und Herren,

wer sich diesen Haushalt anguckt, sieht es deutlich: Der Baum brennt und es ist allerhöchste Zeit, die Löschmittel einzusetzen. Diese Ratsmehrheit aber kommt mir vor wie die Kapelle auf der Titanic: Während das Schiff untergeht, wird weiter gespielt! Nicht die riesengroßen Sorgen der Menschen in der Stadt beschäftigen Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP! Nein, Sie sind wenige Monate vor der Wahl mit sich selbst beschäftigt! Mit diesem Haushalt und deren Folgen für die Menschen und die Stadt haben Sie sich jedenfalls nicht viel beschäftigt, wie die Haushaltsberatungen gezeigt haben.

Doch lassen Sie mich einige Anmerkungen zu diesem Haushalt im Zusammenhang vortragen.

Bei den kameralen Haushalten der letzten Jahre waren meistens zwei Zahlen von großer Bedeutung und Beachtung:

1. Das ausgewiesene originäre Defizit und
2. die Höhe der Schulden.

Angesichts der Höhe der ausgewiesenen Schulden wurde schnell von Überschuldung gesprochen, ohne jedoch die Vermögenssituation unserer Stadt zu kennen. Es wurde einseitig auf die Schulden geschaut und argumentiert, ohne die Auswirkungen auf die Vermögenssituation zu kennen. Dies gilt für den Substanzverzehr bei Gebäuden und Straßen. Das gilt auch für den Verkauf von Tafelsilber. Die wirtschaftliche Betrachtung in der Aufwands- und Ertragsdarstellung fehlte gänzlich.

Ich bin von daher froh, dass wir mit diesem Haushalt 2009 einen Systemwechsel vollzogen haben, der uns nicht nur ermöglicht, wirtschaftliche Auswirkungen unserer Entscheidungen zukünftig besser zu beurteilen, sondern uns dazu verpflichtet.

Die Umstellung ist für Viele hier im Rat sicher sehr schwierig gewesen. Die Haushaltsberatungen haben es gezeigt. Vor allem auch deshalb, weil die Vergleichszahlen aus den Vorjahren fehlen.

Besonders schwierig und eine große Herausforderung ist diese Umstellung auf NKF für die Mitarbeiterinnen der Verwaltung gewesen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle im Namen der SPD-Fraktion ein ganz herzliches und ehrliches „Danke – schön“ an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kämmerei und andere beteiligte Bereiche richten. Ich weiß, wie viel Arbeit dahinter steckt und wie viele Überstunden geleistet worden sind. Meine Anerkennung.

Im ersten Jahr des Systemwechsels, also der Bilanzierung oder des NKF - Haushalts, haben sich die Blicke – zumindest meine – vorrangig auf mehrere Daten gerichtet:

- Wie sieht die Eröffnungsbilanz aus?
- Wie hoch ist das Vermögen?
- Wie hoch ist das Eigenkapital?
- Wie hoch der wirtschaftliche Verlust?
- Wie stellt sich die weitere Entwicklung dar?

Bemängeln möchte ich an der Arbeit der Verwaltung hauptsächlich, dass ich mir nicht nur die rudimentären Angaben zur Eröffnungsbilanz gewünscht hätte, sondern schon etwas detailliertere Angaben zu Anlagevermögen, Umlaufvermögen oder auch Rückstellungen.

Die vorgelegten Eckwerte legen jedoch die Situation der Stadt auch so offen:

- Zwar verfügen wir noch über erhebliches Aktivvermögen – über 2,9 Mrd. € - und auch noch über eigentlich ausreichendes Eigenkapital – rund 1,2 Mrd. €
- Für 2009 wird jedoch ein Verlust von nunmehr über 117 Mio. € ausgewiesen.
- Die Verluste für die kommenden Jahre liegen bei guten wirtschaftlichen Ausgangsdaten bei über 100 Mio. €.

- Die gebildete „Ausgleichsrücklage“ von knapp 133 Mio. € ist bereits im Frühjahr 2010 verfrühstückt.
- Spätestens 2020 ist die Stadt überschuldet.

Richtig und unbestritten ist, meine Damen und Herren, dass viele Städte – vor allem in Nordrhein-Westfalen – seit Jahren hohe Defizite und nunmehr hohe Verluste erwirtschaften, die strukturelle Ursachen haben. Das gilt auch für Mönchengladbach. Richtig ist deshalb, weiterhin an Bund und Land zu appellieren, diesen Städten – auch Mönchengladbach – zu helfen und sie nicht alleine zu lassen. Deshalb sind alle Mönchengladbacher Abgeordneten in Bund und Land aufgerufen, sich für unsere Stadt und entsprechende Hilfe in Berlin und Düsseldorf einzusetzen.

Genauso richtig ist aber auch, meine Damen und Herren, dass noch keine Landesregierung so auf Kosten der Kommunen gelebt und gewirtschaftet hat, wie die schwarz-gelbe Regierung Rüttgers. Diese Griffe in das Portemonnaie machen in der Summe einen zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr aus. Nur einige wenige Beispiele:

- Mit dem GFG 2007 wurde der Anteil der Kommunen an der Grunderwerbsteuer gekürzt.
- Mit dem GFG 2009 soll die Verbundquote auf deutlich unter 23 % gekürzt werden.
- Die Mittel für frühkindliche Bildung und Betreuung wurden kontinuierlich gekürzt, die Mittel für den Elternbeitragsdefizitausgleich erheblich gekürzt.
- Die Zuschüsse des Bundes für die Betreuung der unter Dreijährigen wird nicht in Gänze an die Kommunen weitergeleitet,
- die Erstattungen für die Schülerbeförderung reduziert,
- der Kommunalanteil an den Krankenhausinvestitionen von 20% auf 40 % erhöht.

Ich würde meine gesamte Redezeit verbrauchen, um die Liste der Belastungen komplett vorzutragen. Die Sündenliste addiert sich inzwischen auf 1,845 Milliarden Euro!

Die SPD-Landtagsfraktion hat angesichts der immensen strukturellen Probleme vieler Städte in NRW ein Stärkungspaket „Stadtfinanzen“ gefordert. Hierdurch sollen die betroffenen Städte nachhaltig von hohen Zins- und Tilgungslasten befreit werden. In Mönchengladbach sprechen wir immerhin von über 50 Mio. € Zinsen und über 22 Mio. € Tilgung. Auch dieses Paket hat die schwarz-gelbe Mehrheit im Land abgelehnt.

Meine Damen und Herren,

wenn wir hier alle im Rat beklagen, dass uns Bund und Land ein gutes Stück im Stich lassen und wir alleine die Misere nicht stemmen können, dann erwarten wir seitens der SPD-Fraktion aber doch zumindest, dass sich alle – ich wiederhole: Alle! - Ratsmitglieder dafür einsetzen, dass nicht zusätzlich in Düsseldorf weiter zu Lasten unserer Stadt der Landeshaushalt konsolidiert wird! Wir erwarten, dass sich unsere Abgeordneten und Mandatsträger für die Interessen unserer Stadt einsetzen.

Der Oberbürgermeister macht dies auch in seiner Funktion als Vorsitzender des Städtetages in NRW in vorbildlicher Weise.

Genau das aber haben Sie, Herr Post, und Sie, Herr Schroeren, nicht getan!

Wir lassen es Ihnen nicht durchgehen, dass Sie hier im Rat erklären, die Interessen der Stadt zu vertreten und dann, sobald Sie die Stadtgrenzen verlassen haben, in Düsseldorf genau das Gegenteil tun. Sie haben in Düsseldorf alle Maßnahmen gegen die Not leidenden Städte, alle Maßnahmen gegen unsere Stadt mitgetragen!

Wer in dieser Stadt Oberbürgermeister werden will, wer Bürgermeister ist, hat überall die Interessen unserer Stadt zu vertreten, meine Damen und Herren! Sie haben diesbezüglich jede Glaubwürdigkeit verloren, Herr Post! Einsatz für unsere Stadt sieht anders aus!

Aber ich sage auch in aller Klarheit: Hilfen von Bund und Land reichen nicht aus, um die Finanzmisere der Stadt zu beenden! Ich wiederhole meine Aussagen der letzten Jahre: Diese Krise ist zum großen Teil auch hausgemacht!

Diese hausgemachte Krise ist dabei nicht eine Krise der Einnahmeseite! Das Defizit 2009, die Verluste der Folgejahre werden ausgewiesen bei gleichzeitigen Rekorderlösen bei den Steuern! Deshalb bleibt die SPD-Fraktion auch bei ihrer klaren Aussage: Wir halten die geforderten Erhöhungen der Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer für kontraproduktiv. Sie würden die Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt im Vergleich zu umliegenden Kommunen verschlechtern.

Nein, diese hausgemachte Haushaltskrise ist eine Krise der Ausgabenseite! Ich will dies an einigen Beispielen verdeutlichen:

Die Ausgaben für Hilfen zur Erziehung sind in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. Dabei werden von Jahr zu Jahr Steigerungen in Millionenhöhe offenbar achselzuckend als unvermeidbar hingenommen. Ich wundere mich, wenn wir einerseits um Tausenderbeträge in Fachausschüssen und Rat stundenlang diskutieren und andererseits Millionenbeträge so hinnehmen. Ein Blick über die Grenzen der Stadt zeigt, dass diese Entwicklung in anderen Städten nicht in diesem Ausmaße stattgefunden hat. Dies gilt in der Region für Städte wie Krefeld oder Neuss, wie dies die IHK dargestellt hat. Das gilt aber auch bundesweit. Die Gemeindeprüfanstalt hat ebenfalls im Benchmark festgestellt, dass wir im Vergleich nicht gut da stehen.

Ich weiß aus Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen anderer Städte, dass man diese negative Entwicklung mit gezielten Steuerungsmaßnahmen besser bewältigt hat. Die GPA sagt, dass allein in diesem Bereich über 16 Mio. € jährlich eingespart werden können. Ich denke, Grund genug, an die Arbeit zu gehen.

Ein anderes Beispiel: Die SPD-Fraktion hat in den vergangenen Jahren bereits vorgeschlagen, z.B. mit Investorenmodellen oder PPP-Modellen günstiger zu arbeiten. Dies ist von der Mehrheit bisher jedes Mal abgelehnt worden. Neue Anträge haben wir deshalb nicht mehr gestellt.

Ich will aber dennoch an einem konkreten Beispiel - nämlich der Dreifachturnhalle Volksgarten - nochmal deutlich machen, dass es erhebliches Einsparpotential gibt, wenn man bereit ist, andere Wege zu prüfen und andere Wege zu gehen.

Diese Dreifachturnhalle wird nach dem aktuellen Haushaltsansatz knapp 2,9 Mio. € kosten – eigene Leistungen der Stadt nicht inbegriffen - und soll nächstes Jahr fertig sein. Die im Prinzip gleiche Halle - mit Tribüne - ist von einem Investor in Willich und Nettetal gebaut worden. Die Halle in Volksgarten könnte schon seit Jahren genutzt werden und das zu einem erheblich günstigeren Preis, einige Hunderttausend € weniger.

Solche Modelle hätten wir in unserer Stadt z.B. im Bereich der Millionenaufwendungen für Sanierung und Ausbau der Schulen einsetzen können. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass hier erhebliches Einsparpotenzial liegt. Andere Städte – auch mit schwarzer Mehrheit – machen es vor.

Nächstes Beispiel:

Die Ausgliederung von städtischen Bereichen sollte dazu dienen, effizienter und wirtschaftlicher zu arbeiten. Die EWMG war in der Begründung von CDU und FDP ein Musterbeispiel hierfür.

Meine Damen und Herren, das herausragende Ergebnis für die Finanzen der Stadt ist: In den letzten Jahren wurden Millionenbeträge aus den Dividenden der NVV zu Lasten des Haushalts zurückgehalten, um in der EWMG mit komfortabler Finanzkraft arbeiten zu können. Das aktuelle Ergebnis: Die EWMG hat es bisher nicht geschafft, im originären Geschäftsbereich mit Gewinnen zu arbeiten. Im Gegenteil: Nach dem aktualisierten Wirtschaftsplan wird die Stadt im kommenden Jahr 1,6 Mio. € zuschießen müssen, um den erwarteten Verlust auszugleichen. Und die Entwicklung wird sich eher verschärfen, da in den nächsten Jahren nicht mehr mit Ausschüttungen der NVV zu rechnen sein wird!

Selbst den Mitgliedern von CDU und FDP im Aufsichtsrat ist inzwischen aufgegangen, dass hier erhebliche Versäumnisse seitens der Mehrheit vorliegen. Es reicht eben nicht, im nicht öffentlichen Bereich möglichst ungestört Grundstücksgeschäfte machen zu können! Diese städtische Gesellschaft arbeitet alles andere als effizienter. Das liegt aber nicht an den einzelnen Mitarbeitern der EWMG, sondern an den Strukturen, für die die Mehrheit hier verantwortlich ist. Ihre jetzige Kritik an der Arbeit der EWMG, meine Damen und Herren von der CDU und insbesondere des Aufsichtsratsvorsitzenden der FDP, kommt reichlich spät, hoffentlich nicht zu spät. Sie haben hier mit zu verantworten, dass städtisches Geld „verbrannt“ worden ist. Und über den Effizienzbeitrag der EWMG brauchen wir uns auch nicht weiter zu unterhalten. Der Hinweis auf das aktuelle Beispiel „Ausweichstätte Stadttheater im Nordpark“ und die Rolle der EWMG sagt hierzu alles.

Dieser Haushalt 2009 und folgende beinhalten auch nicht – ich will das nur der Vollständigkeit halber sagen –, dass mit Dividenden aus EWMG oder NVV nicht zu rechnen ist. Für die nächsten Jahre wohlgerne nicht zu rechnen ist.

Apropos städtisches Geld „verbrennen“ – Nächstes Beispiel:

Ihre Entscheidung, die RWE-Aktien im letzten Dezember aus den Betrieben gewerblicher Art zu entnehmen, um sie in diesem Jahr zu verkaufen, hat die Stadt 2008 allein an Steuern und Zinsen 11,3 Millionen gekostet! Für nichts! Im Haushalt 2009 ist

immer noch berücksichtigt, dass aus dem Verkauf mindestens 125 Millionen € erzielt, entsprechend Kassenkredite getilgt und somit Zinsen gespart werden. Da der Verkauf nicht verwirklicht wurde, werden dann auch Dividenden erzielt werden, was den Zinsaufwand wieder wettmachen wird. Auch hier haben wir auf Korrekturen im Haushalt verzichtet. Wichtig ist aber auch, dass jetzt nachhaltig ca. 1 Million € jährlich an Steuern für die Dividenden gezahlt werden muss, da der Querverbundausgleich durch die Entnahme aus den BGA's fehlt. Jährlich eine Million für nichts! Ein dauerhaftes Zurück in die BGA's lehnt die Mehrheit ab.

Letztes Beispiel: Kommunalpolitische Geschenke:

In diesem Jahr die Totenhalle in Holt, im kommenden Jahr der Konstantinplatz in Giesenkirchen oder der Neubau des Rathauses Rheydt. Hunderttausende werden ausgegeben für Projekte, die zwar für sich sicher schön sind, die die Stadt und die Menschen angesichts der desolaten Haushaltslage aber nicht brauchen. Schon gar nicht, wenn anschließend in Holt die Gebühren erheblich erhöht werden oder in Giesenkirchen auf Landesgelder verzichtet wird.

Es gibt definitiv keine Geschenke mehr zu verteilen. Deshalb hat die SPD bei den Haushaltsberatungen keine neuen Anträge gestellt. Bis auf einen, der uns wichtig ist, zukünftig Geld sparen und den Menschen, insbesondere den Familien helfen würde. Wir wollen 500.000 € für präventive Arbeit in der Kinder, Jugend- und Familienhilfe. Gelder, die unbestritten gut angelegt sind und nach Meinung aller Experten zukünftig viele Kosten einsparen werden. Selbstverständlich ist unser Antrag abgelehnt worden, ein Zeichen, dass Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, weiterhin lieber Geld in neue Häuser und neue Plätze stecken und nicht in die Zukunft der Menschen in unserer Stadt investieren.

Zusammenfassend möchte ich feststellen:

Die mit diesem Haushalt vorgelegten Zahlen sind eher noch zu schön gezeichnet. Die sich abzeichnende schwieriger werdende wirtschaftliche Lage mit möglichen Einbrüchen bei den Einnahmen und möglichen Steigerungen bei den Ausgaben ist ebenso wenig eingerechnet, wie der nicht erfolgte Verkauf der RWE-Aktien oder aber die fehlenden Dividendenzahlungen der städtischen Töchter NVV und EWMG. Dies wird den Haushalt 2009, dies wird die folgenden Haushalte noch – vielleicht dramatisch – verschlechtern. Die drohende Überschuldung der Stadt wird voraussichtlich nicht erst 2020, sondern bereits erheblich früher erreicht werden, wenn nicht eine Kehrtwende erreicht wird.

Sie packen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, die strukturellen Probleme, die dieser Haushalt mit aller Offenheit zeigt, nicht an: Sie schreiben Defizite von jährlich über 100 Millionen € fort, bis die Stadt überschuldet ist. Dieser Haushalt zeigt keinerlei Perspektiven für die Stadt auf, zeigt nicht, wie die Zukunft bewältigt werden kann.

Durch dieses Nicht-Handeln werden Eingriffe der Bezirksregierung und des Innenministeriums, wie in Oberhausen und jetzt Duisburg, geradezu provoziert. Die Folgen für unsere Stadt und die Menschen wären verheerend:

- null Handlungsspielraum
- null Investitionen
- null Optionen

So macht man die eigene Stadt kaputt!

Sie sind offensichtlich, meine Damen und Herren aus CDU und FDP, das zeigt die aktuelle Situation in aller Deutlichkeit, mit sich selbst beschäftigt und haben weder Mut noch Kraft, die Probleme dieser Stadt zu bewältigen.

Ich kann für unsere Stadt nur hoffen und uns allen nur wünschen, dass dies der letzte Haushalt war, der in Ihrer Verantwortung verabschiedet wird.

Unsere Stadt braucht Menschen und eine Mehrheit, die bereit sind, mit mutigen Entscheidungen unsere Stadt wieder zukunftsfähig zu machen. Menschen und eine Mehrheit, die den zukünftigen Generationen Perspektiven geben und die finanzielle Freiheit, noch eigene Entscheidungen treffen zu können.

Wir sind dazu bereit, mit diesem Oberbürgermeister Norbert Bude zukünftig Verantwortung für unsere Stadt zu übernehmen. Den vorgelegten Haushalt der Perspektivlosigkeit lehnen wir ab!